

17 SEP 1965
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KX/172

Bonn, den 9. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen
1 - 2a Preissteigerungen und kein Ende 138

Verbraucher - Opfer der Regierung Erhard

Von Käthe Strobel, MdB

Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

3 - 5 Die schwärende Wunde 127

Vernachlässigtes Zonenrandgebiet

Von Fritz W. Ebraun, MdB

6 Wenn Herr Erhard kommt... 15

Schlechtes Vorbild findet Nachahmer

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Keine Politik des doppelten Bodens
Rückfall in den extremsten polnischen Nationalismus
SPD-Präsidium beruft Arbeitskreis
Der Kanzler trägt die Verantwortung

***** ZUR BEACHTUNG *****

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Ausgabe
von Donnerstag den 9. September 1965 einen Artikel von
Waldemar von K n o e r i n g e n, Mitglied der sozialde-
mokratischen Regierungsmannschaft.

Es geht nicht um Personen - es geht um die Sache !

Preissteigerungen und kein Ende

Verbraucher - Opfer der Regierung Erhard

Von Käthe Strobel, MdB

Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

Zu keiner Zeit nach der Geldreform von 1948 sind die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik so stark angestiegen wie von Juli 1964 bis Juli 1965. Einen Kaufkraftverlust von 4,2 Prozent hat das Statistische Bundesamt für diesen Zeitraum errechnet! Diese Rate übersteigt beträchtlich den Zinssatz, den die Sparer für ihre Guthaben bei den Banken und Sparkassen bekommen. Mit einer derart hohen Preissteigerung liegt die Bundesrepublik an der Spitze der Länder mit schleicherder Inflation. Auf diesem Gebiet ist das Versagen der Regierung Erhard besonders deutlich und gefährlich für die Währungsstabilität. Der Wochenendeinkauf der deutschen Hausfrau wird von Mal zu Mal teurer. Besonders hart betroffen von diesen Preissteigerungen werden naturgemäß die kinderreichen Familien und Mehrpersonenhaushalte.

Vor dem teuersten Weihnachtsfest

In den 4,2 Prozent sind nicht einmal alle indirekten Preissteigerungen enthalten, die sich durch Manipulationen bei der Verpackung ergeben. Entweder wird die Verpackung vergrößert, ohne daß das Gewicht vergrößert wird, oder es wird das Gewicht verringert, ohne daß die Verpackung verkleinert wird (sog. Mogelpackungen). Leider ist zu befürchten, daß in den nächsten Monaten die Lebenshaltungskosten weiter steigen, denn in den ab 1. Juli 1965 zu weißen Kreisen erklärten Großstädten sind Mieterhöhungen von weit über 50 Prozent erfolgt. Auch diese höheren Mieten sind in der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Zahl noch nicht berücksichtigt. Mit anderen Worten: Viele westdeutsche Familien stehen vor dem teuersten Weihnachtsfest nach dem Zweiten Weltkrieg. Schuld an dieser Entwicklung trifft einzig und allein die unsoliden Finanz- und Haushaltspolitik sowie die schlechte Wirtschaftspolitik der zur Zeit noch amtierenden Bundesregierung.

Wahlbonbons für Interessengruppen

Auch in ihren übrigen Anliegen sind die Verbraucher von dieser Regierung in der abgelaufenen Legislaturperiode bitter enttäuscht worden. Wichtige verbraucherpolitische Verbesserungen, wie die versprochene Textilkennzeichnung, die Novellierung des Maß- und Gewichtsgesetzes, die Modernisierung des Teilzahlungsgesetzes und die Abschaffung der Preisbindung der Zweiten Hand sind nicht zustande gekommen. Dabei hätten die Regierungsfractionen nur den entsprechenden Initiativen der SPD-Fraktion zuzustimmen brauchen. In dem endlich errichteten Warentest-Institut ist der Einfluß der Verbraucher viel zu gering. Statt einer sinnvollen Verbraucherpolitik hat die zerstrittene, handlungsunfähige Koalitionsregierung nur einzelnen Interessengruppen Wahlbonbons verabreicht.

Was wird von einer sozialdemokratischen Bundesregierung getan werden, um die Stellung der Verbraucher im Wirtschaftsleben zu stärken? Fest steht, daß wir ihm in Rahmen der Wirtschaftspolitik

eine weit stärkere Aufmerksamkeit zehenken werden, als dies bisher der Fall war. Verglichen mit anderen hochindustrialisierten Staaten des Westens ist die Bundesrepublik auf dem Gebiet der Verbraucherpolitik ohnehin noch ein unterentwickeltes Land. So ist etwa die Behauptung des Bundeswirtschaftsministeriums, daß im laufenden Jahr 7,5 Millionen DM (0,03 Prozent des Bundeshaushalts 1965) für Verbraucheraufklärung bereitgestellt würden, irreführend. Denn allein zwei Millionen dieses Betrages sind für die Aufklärung über die freiwillige Lebensmittelbevorratung (frühere Aktion Eichhörnchen) bestimmt.

Oberstes Gebot: Geld- und Preisstabilität

Oberstes Gebot sozialdemokratischer Wirtschafts- und Verbraucherpolitik ist die Stabilität der Preise und des Geldwerts. Willy Brandt und die sozialdemokratische Regierungsmannschaft haben den 38,5 Millionen deutschen Wählern ihr Wort gegeben, daß sie die jährlichen Preissteigerungen von jetzt über 4 Prozent bis 1969 auf ein Prozent senken werden. Dies kann selbstverständlich nur schrittweise geschehen. Erste Voraussetzung dafür ist, daß im kommenden Jahr zunächst einmal die Bundesfinanzen in Ordnung gebracht werden. Um Stabilität zu erreichen, werden wir keinesfalls behördlichen Preis- und Lohnstopp anwenden; vielmehr ist eine geld- und finanzpolitische Globalsteuerung notwendig.

Zum Wohle des Verbrauchers werden wir außerdem folgende Maßnahmen ergreifen:

1. Eine aktivere Wettbewerbspolitik, damit der Verbraucher vor Preisabsprachen und Übervorteilungen wirksamer geschützt werden kann. Dazu gehört vor allem die Beseitigung der Preisbindungen der Zweiten Hand für Markenartikel, mit Ausnahme der Verlagserzeugnisse. Dies ist von der SPD-Bundestagsfraktion schon mehrmals im Bundestag beantragt worden. Die Regierungsparteien waren jedoch dagegen, obwohl sich der Bundeswirtschaftsminister selbst gegen eine Preisbindung für Markenartikel ausgesprochen hatte.

Der erst kürzlich erfolgte Zusammenbruch der Preisbindungen für Markensekt und Extraktkaffee hat wieder einmal bewiesen, daß überhöhte Handelsspannen nicht marktkonform sind und zwangsläufig zur Entstehung von grauen Märkten führen. Bereits im letzten Jahr waren die Preisbindungen für Spirituosen, Schokolade, Waschmittel und Fernsehgeräte zusammengebrochen. Das Statistische Bundesamt hat ermittelt, daß die Handelsspannen bei preisgebundenen Waren 36 Prozent, bei nichtgebundenen Erzeugnissen aber nur 26 Prozent betragen. Nach dem neuesten Bericht des Bundeskartellamtes sind in den Fällen, in denen die Preisbindung wegfiel, die Preise um 20 Prozent gesunken. Würden die Preise wieder gebunden, so stiegen sie im gleichen Ausmaß.

2. Durch eine liberale Einfuhrpolitik soll ein Druck auf die Preise ausgeübt werden. Ein Beispiel: Wenn jetzt nicht rasch Einfuhrmöglichkeiten erschlossen werden, z.B. für Konserven, dann werden wir im Winter weitere Preissteigerungen auf diesem Gebiete erleben. Dann werden wir auch wahrscheinlich wieder vor der Tatsache stehen, daß auf dem Weltmarkt die Waren aufgekauft

sind und die Bundesrepublik nur zu höheren Preisen einkaufen kann, wie es 1963 bei Fleisch der Fall war. Wir haben der Bundesregierung wiederholt eine variable Festsetzung der Umsatzsteuer für Ein- und Ausfuhren angeboten, um Importe zu erleichtern. Die Bundestagsmehrheit ist auf diese Anregung nicht eingegangen. Wir werden aber von diesem Instrument Gebrauch machen.

3. Um eine vergleichende Warenwerbung zu ermöglichen, soll das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb geändert werden. Dadurch können die öffentlich geförderten Warenpreise allen Interessenten zugänglich gemacht werden, ohne daß mit einseitigen Verfügungen der betroffenen Firmen zu rechnen ist.
4. Wir werden die Verbraucherinteressen durch unabhängige und beratende Gremien sowie durch eine umfassende Verbraucheraufklärung wirksam fördern. Dringend erforderlich ist eine Ausweitung der informierenden und beratenden Tätigkeit der Verbraucherzentralen. Es ist ein Netz von Beratungsstellen zu schaffen, die systematisch Verbraucheraufklärung betreiben. Dabei muß mit Publikationen, Ausstellungen und den Mitteln der Markt- und Preisberichterstattung über Presse, Funk und Fernsehen aufklärend gewirkt werden. Die Mittel, die bisher für die Verbraucheraufklärung bereitgestellt wurden, sind viel zu gering; sie liegen in den skandinavischen Ländern viel höher.
5. Notwendig ist auch der Ausbau der Selbsthilfeeinrichtungen der Verbraucher durch ausreichende Bewilligung öffentlicher Mittel. Die Verbraucherorganisationen dürfen nicht auf Mittel von Wirtschaftsgruppen angewiesen sein, sondern ihre Unabhängigkeit muß garantiert werden. Die freiwilligen Beiträge fallen hier noch kaum ins Gewicht.
6. Gesetzgeber und Richter müssen die Freiheit des Verbrauchers schützen gegen die Ausnutzung durch unbillige Geschäftsbedingungen, mangelnde Warenkennzeichnung, irreführende Werbung und gesundheitliche Schädigung. Die informierende objektive Warenetikettierung ist für die Verbraucher ganz besonders wichtig.

Das Vernünftige und Richtige tun

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird diese Prinzipien ihrer Wirtschafts- und Verbraucherpolitik zugrunde legen. Eine verantwortungsbewußte Regierung darf keine einseitige Interessenpolitik treiben, sondern sie muß das volkswirtschaftlich Vernünftige und Richtige tun; dies liegt nicht zuletzt auch im Interesse der Verbraucher.

Die strukturellen Nachteile, die der Konsument in der Marktwirtschaft hat, müssen durch Maßnahmen ausgeglichen werden, die die Urteilsfähigkeit des Verbrauchers erleichtern. Allerdings muß der Verbraucher davon auch Gebrauch machen und sich seiner Stellung im Markt bewußt werden.

Die schwärende Wunde

Vernachlässigtes Zonenrandgebiet

Von Fritz W. Hörauf, MdB

In den letzten Monaten, Wochen und Tagen konnte man viel über geplante Förderungsmaßnahmen des Grenzlandes lesen und hören. Für den nicht unmittelbar damit befaßten Menschen könnte der Eindruck entstehen, daß es dieses Problem erst seit kurzer Zeit gäbe. Mit dem Begriff des Zonenrandgebietes ist auch der an Naturschönheiten reiche Bayerische Wald und die Dreiflüssenstadt Passau eng verknüpft. Wenn ich heute zu Zonenrand- und Regionalförderungsprogramm Stellung nehme, so möchte ich etwas zurückblenden und auf die 31. Sitzung des zweiten Deutschen Bundestages im Mai 1954 verweisen, in der eine große Zonenranddebatte stattfand und ich die Ehre hatte, die von der Fraktion der SPD beantragte Kredithilfe für die mittleren Schichten der Wirtschaft im Zonenrandgebiet zu begründen. Manches ist seither geschehen, aber viele damals erhobene Forderungen bestehen weiter. Auch nach elf Jahren!

Schon damals wurde in einer von mir, dem Bundesminister für Wirtschaft überreichten Denkschrift, die Frage der Frachtvergünstigungen für den Kohlebezug angeschnitten. Vielleicht ein Randproblem, aber für die Betroffenen von großer Bedeutung. Dazu ein Beispiel, das mir vor einiger Zeit beim Besuch einer Glashütte im Bayerischen Wald genannt wurde, die 450 Beschäftigte zählt. Dieser Betrieb bezog früher seine Braunkohle aus Sachsen und Böhmen, während er sie heute aus dem westlichen Kohlengebiet beziehen muß. Bei einem jährlichen Verbrauch von ca. 480 000 DM entfallen allein 115 000 DM auf Frachtkosten, 13 000 DM werden davon vergütet, rund 100 000 DM aber muß der Betrieb "auffangen".

Unzureichende Frachthilfen

Dabei ist aber zu bedenken, daß die Glashütte im Revier in Bezug auf Preis und Lieferzeit im Vorteil ist. Um zunächst bei diesem Thema zu bleiben: "Die Frachthilfe ist unzureichend." Diese Feststellung findet sich im Bericht des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, der dem Deutschen Bundestag am Ende der vierten Wahlperiode vorgelegt wurde und der in seinen Schlußfolgerungen über alle Parteien hinweg einstimmig gebilligt wurde. Der Bundestag hat damit noch einmal betont, daß das Zonenrandproblem ein staats- und nationalpolitisches Problem ist und daß die Förderung dieses Gebietes eine politische Aufgabe und ein Beitrag zur Wiedervereinigung ist. Er hat unterstrichen, daß die Zonengrenze persönliche, kulturelle und wirtschaftliche Bindungen zerrissen hat, daß der Eiserner Vorhang auch die Tschechoslowakei von uns abriegelt und daß das Zonenrandgebiet einschließlich des ostbayerischen Grenzgebietes auch Randgebiet der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist. Er bezog sich auf das Raumordnungsgesetz, in dem ausgeführt wird, daß die Leistungskraft des Zonenrandgebietes bevorzugt mit dem Ziel zu stärken ist, daß in allen seinen Teilen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine Wirtschafts- und Sozialstruktur geschaffen werden, die denen im gesamten Bundesgebiet mindestens gleichwertig sind.

Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung im Zonenrandgebiet ist, daß der Bevölkerung ein ausreichendes Einkommen und sichere Arbeitsplätze geboten werden. Diesem Ziel dient sowohl die unmittelbare, als auch die mittelbare Wirtschaftsförderung, wie sie im Regionalen Förderungsprogramm geübt wird.

Zunehmende Bevölkerungsabwanderung

In einem jüngst erschienenen "Taschenlexikon der Politik" findet sich der bemerkenswerte Satz:

- * "Während in den fünfziger Jahren im Zonenrandgebiet eine stärkere Abwanderung festzustellen war, ist seit 1961 bei einer Konzentration der Bevölkerung in Städten und Industriezentren eine leichte Bevölkerungszunahme festzustellen."

Im Ausschussbericht vom 25. Juni 1965 heißt es dagegen:

- * "Das Zonenrandgebiet leidet in wesentlichen Teilen unter Bevölkerungsabwanderung."

Wenn zwischen 1951 und 1963 aus den Arbeitsamtsbezirken Deggendorf, Landshut, Passau und Pfarrkirchen 20.315 Menschen abgewandert sind, so waren die Förderungsmaßnahmen für Niederbayern offenbar unzureichend. Der Bundestagsausschuss erhebt auch jetzt noch einmal nachdrücklich die Forderung, einer weiteren Abwanderung sowohl durch die Schaffung guter und sicherer Arbeitsplätze als auch durch attraktive Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung Einhalt zu gebieten.

Es ist an der Zeit, sich mehr denn je mit der Pendlerfrage zu befassen, denn der Fernpendler hat, gewollt oder ungewollt, den ersten Schritt in Richtung Abwanderung getan. Wenn Regierungspräsident Riederer kürzlich dem bayerischen Ministerpräsidenten sagte, daß 40 Prozent aller Fernpendler bereit seien, in der Heimat zu arbeiten, dann müssen alle Anstrengungen unternommen werden, ihnen zumutbare Arbeitsplätze bereitzustellen. Das wiederum setzt voraus, die vorhandenen Unternehmen zu festigen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit ist durch Investitionsförderungsmaßnahmen zu stärken. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihre Betriebe zu erweitern, zu modernisieren und zu rationalisieren.

Es fehlt an Anreizen

Als zweites aber muß mehr Anreiz für Neuanstellungen geschaffen werden. Der Bundestagsausschuss empfiehlt, die bedeutenden Industrieunternehmen in der Bundesrepublik zur Errichtung von Zweigstellen im Zonengebiet zu bewegen. Ich kann darüber hinaus nur wiederholen, was ich schon 1954 an Grundforderungen aufstellte:

1. Ausreichende Frachtergünstigungen für Roh- und Fertigprodukte von den Rohstofflieferanten zu den Verbraucherzentren;
2. Ausreichende Frachtergünstigungen für Kohle, da sich die teure Fracht ungünstig auf die Fertigfabrikate auswirkt;
3. Strompreismäßigung;
4. Weitere Verbesserung der Straßen;
5. Bessere Berücksichtigung der niederbayerischen Betriebe allgemein, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge;
6. Bereitstellung billiger und langfristiger Kredite;
7. Steuerbegünstigung.

Anfang des Jahres haben die 15 Industrie und Handelskammern entlang der Zonengrenze festgestellt, daß zwar heute auch im Zonenrandgebiet die Vollbeschäftigung erreicht und die Steuerkraft gestiegen sei, daß es dennoch keinen Beweis für eine gesunde Wirtschaftsstruktur, vor allem für Mittel- und Kleinbetriebe, gebe, die unter der Abwanderung von Arbeitskräften und hohen Frachtkosten zu leiden haben. Auf dem Gebiet der Arbeitnehmerförderung wird darauf verwiesen, daß besonders junge Arbeitskräfte abwandern, weil Wohnraumangel herrsche. Nicht alle Betriebe seien in der Lage, 48 000 DM als Arbeitgeberdarlehen für Wohnungen bereitzustellen. Hier wird ein zinsloser Kredit mit einer Laufzeit bis zwanzig Jahre in Höhe von 6000 bis 8000 DM pro Wohnung gewünscht. Es wird ferner

ein zusätzlicher Freibetrag in Höhe von 1 200 DM jährlich für die im Zonenrandgebiet bezogenen Einkünfte verlangt, um die Arbeitskräfte zu halten.

Kritik der EWG-Kommission

Das Zonenrandgebiet wird Randgebiet der EWG. Es muß deshalb die Aufforderung an die Bundesregierung unterstrichen werden, schon jetzt Sondermaßnahmen und eine echte Regionalpolitik im Rahmen der Römischen Verträge einzuleiten. Über die normalen Maßnahmen hinaus werden für die Landwirtschaft im Grenzland Strukturverbesserungen und Flurbereinigungen gefordert. Dort aber, wo zu erwarten ist, daß die Landwirtschaft Arbeitskräfte freisetzen wird, ist auf die Berufsausbildung und Umschulung größter Wert zu legen.

Der Agrarausschuß des Europaparlaments hat nach seinem im letzten Jahr erfolgten Besuch von der gesamtwirtschaftlich schlechten Grenzlage des Gebietes im äußersten Osten der EWG gesprochen. In seinem Bericht führte er aus, daß dem Bayerischen Wald als agrarischer Region ein praktikables Programm für eine gesamtwirtschaftliche Erschließung fehle, so daß die von der Bundesrepublik und dem Land Bayern geführten agrarischen Einzelmaßnahmen vielfach verpufften. Andererseits fehle eine wirksame Lenkungsmöglichkeit der Industrieansiedlung, obwohl diese die eigentliche Initialzündung für die Hebung der Wirtschaftskraft dieses Gebietes darstelle.

Eines darf abschließend noch gesagt werden: Der wirtschaftlichen Situation wird man nicht gerecht, wenn man das der Förderung würdige Gebiet unter Anwendung von Zirkel und Lineal festlegt. Hart angrenzend an den Randgebietesstreifen sind Landkreise zu finden, die zumindest unter den gleichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden haben. Ein solches Vorgehen erinnert an einen Arzt, der eine infizierte Finger spitze verbindet und dann behauptet, daß in dem, dem Krankheitsherd zunächstliegenden Glied keine Schmerzen vorhanden sein könnten.

+ + +

Wenn Herr Erhard kommt...

Schlechtes Vorbild findet Nachahmer

sp - Zwischen dem Regierungsamt, was Erhard noch ausübt, und zwischen dem Parteauftrag, den er draußen im Lande ausführt - Stimmen für seine Partei zu gewinnen - kennt man im Presse- und Informationsamt keinen Unterschied mehr. Mit Steuergeldern, die in die Millionen gehen, wird Parteipropaganda und Personenkult betrieben.

Wen wundert es da, daß ein so schlechtes Vorbild Nachahmer findet? Daß in Solingen Erhard zuliebe Sirenen nicht ertönen dürfen (obwohl das Innenministerium Terminverschiebungen grundsätzlich ablehnte), daß in Flensburg einige Schulen Kindern schulfrei gaben, weil der CDU-Politiker den Wahlkreis des CDU-Abgeordneten Rasner besuchte. Der Mißbrauch von öffentlichen Einrichtungen für Parteizwecke kennt keine Grenzen mehr. Aber schuld daran ist Bonn.

Da kann man nur mit Erhard sagen:

"Sündigen ist leicht, aber die Konsequenzen der Sünden auch anzuerkennen, das ist offenbar sehr viel schwieriger."

+ + +